

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 31.08.2020
Raum: Neue Aula der KGS Rastede, Bahnhofstraße 5, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:03 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Frau Sylke Heilker CDU für Thorsten Bohmann

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Herr Wilhelm Janßen SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Herr Levent Süre SPD

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Theo Meyer UWG

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Günther Henkel

Herr Fritz Sundermann

Herr Michael Hollmeyer

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Niklas Grönitz von der Nordwest Zeitung Rastede
sowie ein weiterer Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann CDU

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2020
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung
Vorlage: 2020/120
- 6 Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt
Vorlage: 2020/121
- 7 Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasserbeseitigung
Vorlage: 2020/123
- 8 Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechende Einrichtungen zentrale Schmutzwasserbeseitigung
Vorlage: 2020/129
- 9 Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung
Vorlage: 2020/128
- 10 Haushalt 2019 - vorläufiges Jahresergebnis
Vorlage: 2020/126
- 11 Haushalt 2020 - Ausführung des Haushalts - Stand August
Vorlage: 2020/127
- 12 Fortsetzung des KMU-Förderprogramms für die Jahre 2021 bis 2027
Vorlage: 2020/118
- 13 Änderung der Festsetzung des Verkaufspreises für gewerbliche Flächen im Bereich "Am Autobahnkreuz Oldenburg Nord"
Vorlage: 2020/114
- 14 Einwohnerfragestunde
- 15 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2020

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 10.02.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Langhorst weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen zwei Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Verkaufsoffene Sonntage / Einzelhandelssituation
- KMU-Förderprogramm des Landkreises Ammerland

Tagesordnungspunkt 5

**Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung
Vorlage: 2020/120**

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt sind, das Ergebnis 2018 für die kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „Straßenreinigung“ für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt
Vorlage: 2020/121

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt sind, das Ergebnis 2018 für die kostenrechnende Einrichtung Wochenmarkt vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „Wochenmarkt“ für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasserbeseitigung

Vorlage: 2020/123

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt sind, das Ergebnis 2018 für die kostenrechnende Einrichtung Niederschlagswasserbeseitigung vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „Niederschlagswasserbeseitigung“ für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechende Einrichtungen zentrale Schmutzwasserbeseitigung

Vorlage: 2020/129

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt sind, das Ergebnis 2018 für die kostenrechende Einrichtung zentrale Schmutzwasserbeseitigung vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „zentrale Schmutzwasserbeseitigung“ für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Bericht Ergebnis 2018 - kostenrechnende Einrichtung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung
Vorlage: 2020/128

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einiger Folien, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt sind, das Ergebnis 2018 für die kostenrechnende Einrichtung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung vor.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Das Ergebnis der Kostenrechnung „dezentrale Schmutzwasserbeseitigung“ für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

**Haushalt 2019 - vorläufiges Jahresergebnis
Vorlage: 2020/126**

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift) das vorläufige Jahresergebnis 2019 und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass sich die ordentlichen Erträge mit einem Plus von rund 2,07 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer und der Sonderzahlung des Landkreises Ammerland in Höhe von 770.000 Euro positiv entwickelt haben, sodass sich das Jahresergebnis um rund 1,7 Mio. Euro verbessert hat.

Frau Lamers zeigt sich erfreut über die positive Entwicklung, die Kraft und Sicherheit für die aktuell schwierige Zeit gibt und obendrein auch die Möglichkeit eröffnet, weiter am wichtigen Deckenprogramm festzuhalten. Besonders positiv ist aus ihrer Sicht auch die sehr gute Eigenfinanzierungskraft, sodass insgesamt festzustellen ist, dass sich die Gemeinde auf den richtigen Weg befindet. Bezüglich der erfolgten Sonderzahlung des Landkreises in Höhe von 770.000 Euro legt sie dar, dass diese Finanzmittel in den kommenden Jahren sicherlich nicht dauerhaft fließen werden, jedoch 2019 sehr hilfreich waren, um beispielsweise Unterhaltungsmaßnahmen wie das Deckenprogramm ausweiten zu können. Sie hinterfragt im weiteren Verlauf, wie sich die relativ hohen Pensionsrückstellungen erklären, wie viel „Strafzinsen“ bei dem relativ hohen Kassenbestand fällig werden und welche Folgerungen aus dem hohen Krankenstand gezogen werden.

Herr Hollmeyer erklärt, dass Pensionsrückstellungen immer fortlaufend erfolgen, jedoch bei Neueinstellungen von Beamten die Rückstellungen angepasst werden müssen, wobei insbesondere bei älteren Beamten höhere Rückstellungen erforderlich sind. Bezüglich der „Strafzinsen“ erklärt er, dass bei der Hausbank für Einlagen bis zu einem Betrag von 5 Mio. Euro keine Zinsen anfallen und für weitere Einlagen pro 1 Mio. Euro rund 350 Euro pro Monat gezahlt werden müssen.

Herr Henkel weist ergänzend darauf hin, dass wie schon in den politischen Gremien berichtet hinsichtlich des Krankenstands mit Neueinstellungen reagiert wurde und sich momentan die Situation normalisiert.

Frau Dr. Eyting gibt zu verstehen, dass die sehr hohen Haushaltsausgabereste in Höhe von 7,1 Mio. Euro besorgniserregend sind und bei einem höheren Umsetzungsgrad einzelner Maßnahme das Ergebnis lange nicht so gut ausgefallen wäre. Sie hinterfragt, mit welchen Schritten dem hohen Haushaltsausgaberest begegnet werden soll.

Herr Henkel erklärt, dass von den Fraktionen spätestens im Rahmen der Haushaltsberatungen geklärt werden muss, ob zur Durchführung der ausstehenden Maßnahmen das Personal mit allen (auch baulichen) Konsequenzen aufgestockt werden soll oder Projekte rigoros gestrichen und gegebenenfalls für die nächsten Jahre neu veranschlagt werden sollen.

Herr Janßen dankt Herrn Hollmeyer für das jetzt schon vorliegende Zahlenwerk und stellt heraus, dass trotz fehlender außerordentlicher Erträge ein sehr gutes Jahresergebnis erzielt werden konnte.

Herr Theo Meyer legt dar, dass die Gemeinde mit dem positiven Jahresergebnis auch Glück gehabt hat, da nicht nur einige Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, sondern auch sehr hohe Nachzahlungen bei der Gewerbesteuer eingegangen sind und auch 2019 erneut eine Sonderzahlung des Landkreises geflossen ist, die keinesfalls in den Folgejahren fest eingeplant werden kann.

Bürgermeister Krause weist hinsichtlich der Ausführungen von Frau Lamers und Herrn Theo Meyer zu den Sonderzahlungen des Landkreises darauf hin, dass sich die Finanzsituation des Landkreises Ammerland seit 2013/14 stetig verbessert hat und hohe Entschuldungen erfolgen konnten, sodass man auch auf die Idee kommen könnte, anstatt einer oder mehrerer Sonderzahlungen zur Planungssicherheit die Kreisumlage dauerhaft zu senken.

Frau Lamers erinnert daran, dass auch beim Landkreis der finanzielle Spielraum kleiner wird und jetzt auch noch große Maßnahmen wie der Breitbandausbau anstehen.

Beschluss:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

Haushalt 2020 - Ausführung des Haushalts - Stand August
Vorlage: 2020/127

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3 zur Niederschrift) den aktuellen Stand zum Haushalt vor und macht insbesondere darauf aufmerksam, dass mit einem Minus von rund 2 Mio. Euro deutliche Einbußen bei der Gewerbesteuer zu erwarten sind, was nach derzeitiger Einschätzung zu einem Ausfall von insgesamt 2,9 Mio. Euro bei den allgemeinen Deckungsmitteln führen kann. Gleichwohl kann aber aufgrund der zu erwartenden außerordentlichen Erträge voraussichtlich noch ein knappes positives Jahresergebnis erzielt werden.

Frau Lamers gibt zu verstehen, dass die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise jetzt auch die Gemeinde Rastede erreicht haben und der Blick in die Zukunft Angst macht. Sie betont, dass es jetzt wichtig ist, dass gezielt Prioritäten gesetzt werden und alle Beteiligten an einem Strang ziehen müssen, um die Situation in den Griff bekommen zu können. Sie hinterfragt, ob und inwieweit die außerordentlichen Erträge überhaupt noch erzielt werden können und zeigt sich verwundert darüber, dass die Politik über das Klageverfahren und den Baustopp im Göhlen erst aus der Nordwest Zeitung erfahren hat.

Herr Henkel führt aus, dass außerordentliche Erträge in diesem Jahr nicht nur aus dem Baugebiet Göhlen eingeplant sind, sondern auch aus den Neubaugebieten in Hahn-Lehmden und Wahnbek, sodass die von Herrn Hollmeyer aufgezeigten Beträge durchaus realistisch sind. Hinsichtlich des Baustopps im Göhlen legt er dar, dass die Verwaltung von der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) am Tag vor der Berichterstattung selbst überrascht war, da seitens der Verwaltung vorab eine Schutzschrift beim OVG eingereicht wurde.

Hinweis: Über das vorliegende Klageverfahren und die Einreichung einer Schutzschrift hat die Verwaltung bereits am 26.03.2019 im Verwaltungsausschuss die Politik informiert.

Auf weitere Nachfrage von Frau Lamers erklärt Herr Henkel, dass bislang sechs Grundstücke im Göhlen verkauft wurden und seitens der Verwaltung nicht davon ausgegangen wird, dass auf die Gemeinde größere Kosten aufgrund der möglichen Verzögerung beim Bau der Eigenheime zukommen.

Frau Lamers bittet darum, künftig bei ähnlich gelagerten Fällen den Gemeinderat unverzüglich über die Sachlage zu informieren.

Herr Ahlers bemerkt, dass sich die finanzielle Situation der Gemeinde Rastede durch die Folgen der Corona-Krise noch deutlich verschärfen wird, sodass er davon ausgeht, dass das Defizit noch größer ausfällt. Vor diesem Hintergrund sollte deutlich aufgezeigt und kommuniziert werden, welche Pflichtaufgaben unabdingbar durchgeführt werden müssen und welche freiwilligen Maßnahmen aufgeschoben werden können.

Herr Henkel macht deutlich, dass die Situation zwar sehr schwierig einzuschätzen ist, jedoch die Corona-Krise nicht nur Verlierer, sondern auch zahlreiche Gewinner hervorbringt, die Steuerausfälle kompensieren können.

Frau Eyting erkundigt sich, ob inzwischen für die Sanierung des Freibads der Bewilligungsbescheid für die angekündigte Förderung vorliegt.

Herr Henkel erläutert, dass im September eine sogenannte Geberkonferenz stattfindet, wobei weitere Details zu klären sind, sodass die Verwaltung hofft, die Förderzusage über 3,2 Mio. Euro im Nachgang erhalten zu können.

Herr Theo Meyer legt dar, dass bereits 2019 klar sein musste, dass die Gewerbesteuer nicht dauerhaft in der aufgezeigten Höhe fließen wird und die Sonderzahlungen des Landkreises nicht stetig zur Verfügung stehen, sodass künftig ernsthaft die Ausgabenseite überprüft werden muss, um handlungsfähig zu bleiben.

Herr Janßen betont, dass die aktuelle Zeit zwar unsicher ist, jedoch kein Grund besteht, extrem pessimistisch in die Zukunft zu schauen, zumal insbesondere auch im Handwerk nach wie vor eine Vollbeschäftigung zu verzeichnen ist.

Beschluss:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

Fortsetzung des KMU-Förderprogramms für die Jahre 2021 bis 2027
Vorlage: 2020/118

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel erläutert eingangs noch einmal die wesentlichen Eckpunkte des landkreisweiten KMU-Förderprogramms.

Frau Dr. Eytting bemerkt, dass die grundsätzliche Ausrichtung des Förderprogramms nachvollziehbar und unstrittig ist, jedoch die Klimaschutzziele der Gemeinde Rastede unzureichend abgebildet werden, sodass sie den Vorschlag unterbreitet, für die Gemeinde Rastede das zusätzliche Entscheidungskriterium „Klimaschutz“ mit aufzunehmen. So könnte erreicht werden, dass nur Betriebe die Förderung erhalten, die neben der Schaffung von Arbeitsplätzen auch die gemeindlichen Klimaschutzziele verfolgen und nachhaltig agieren.

Bürgermeister Krause legt dar, dass die CO₂-Reduzierung bereits Bestandteil des Förderprogramms ist und die aktuelle Auflage sogar noch einen höheren Stellenwert vorsieht. Er spricht sich deutlich dagegen aus, den Klimaschutz als Ausschließlichkeitskriterium aufzunehmen, da das Kreisprogramm andererseits beispielsweise auch bewusst die Bekämpfung von Leerständen in nahversorgungsrelevanten Bereichen vorsieht.

Herr Henkel führt aus, dass das Programm bewusst auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet ist und zusätzliche Umweltschutzkriterien kaum oder keine Auswirkungen bei der Vergabe von Fördergeldern haben, da die geforderten 100 Punkte bei der Bewertung auch mit den übrigen Kriterien relativ leicht zu erreichen sind.

Herr Langhorst betont, dass sich die Gesellschaft an einem Wendepunkt befindet und seitens der Gemeinde Rastede jetzt auch sichtbar gemacht werden muss, dass der gefasste Beschluss zur Klimaneutralität auch ernst gemeint ist. Ziel muss es aus seiner Sicht sein, Ökonomie und Ökologie im Einklang zu bringen, wobei der ökologische Aspekt elementar ist, um perspektivisch zu einem verantwortlichen und nachhaltigen Handeln zu kommen.

Frau Lamers weist darauf hin, dass es sich um ein kreisweites Programm handelt, dass ausdrücklich die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel hat. Sie rät eindringlich davon ab, aus diesem Programm einseitig seitens der Gemeinde Rastede auszuweichen oder zusätzliche Kriterien einzufügen, sondern gegebenenfalls über ein eigenständiges Programm auf Kreis- oder Gemeindeebene zur Erreichung der Klimaschutzziele nachzudenken.

Auf Nachfrage von Frau Lamers erklärt Herr Henkel, dass die Förderung von Freiberuflern wie Notare oder Ärzte auf Bestätigung der jeweiligen Gemeinde grundsätzlich auch möglich ist.

Frau Dr. Eyting bemerkt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht bereit ist über sechs Jahre 320.000 Euro nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, sondern lieber das Geld für ein Förderprogramm ausgeben möchte, was gezielt in die Tiefe geht und einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Herr Janßen gibt zu verstehen, dass sich die SPD-Fraktion für die Fortsetzung des Förderprogramms ausspricht und dem Beschlussvorschlag gerne zustimmt.

Beschlussempfehlung:

Die Beteiligung am gemeinsamen KMU-Förderprogramm des Landkreises Ammerland und der Ammerländer Gemeinden unter Berücksichtigung der Richtlinie zur Förderung von kleinen- und mittleren Unternehmen für die Jahre 2021 bis 2027 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

Änderung der Festsetzung des Verkaufspreises für gewerbliche Flächen im Bereich "Am Autobahnkreuz Oldenburg Nord"

Vorlage: 2020/114

Sitzungsverlauf:

Herr Ahlers befürwortet den Beschlussvorschlag ausdrücklich, weist jedoch darauf hin, dass künftig nicht mehr zugelassen werden darf, dass bereits dort ansässige Firmen indirekt Einfluss auf die Ansiedlung neuer Unternehmen nehmen.

Bürgermeister Krause betont, dass jedes Unternehmen das Recht hat sich zu einer möglichen Ansiedlung zu äußern, jedoch die Entscheidung über eine Ansiedlung sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft einzig und allein beim Gemeinderat lag beziehungsweise liegt.

Frau Lamers legt dar, dass innerhalb der CDU-Fraktion das Thema kontrovers diskutiert wurde, jedoch letztendlich Einvernehmen herrschte, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Mittelwert mitzutragen. Dessen ungeachtet erkundigt sie sich, ob und inwieweit die im Gewerbe- und Industriegebiet ansässigen Unternehmen die Idee vorangetrieben haben, einen Betriebskindergarten zu gründen.

Herr Henkel führt aus, dass die Unternehmen die Thematik nach wie vor verfolgen und auch die Verwaltung entsprechende Pläne begrüßt, jedoch planungsrechtlich die Errichtung einer Kindertagesstätte in einem Industriegebiet aufgrund der Schutzansprüche nicht so einfach zu realisieren ist.

Herr Janßen bemerkt, dass die Grundstückspreise im Umfeld überall angezogen haben und die SPD-Fraktion den Preis von 35 Euro pro Quadratmeter für angemessen erachtet.

Herr Theo Meyer weist darauf hin, dass es sich um sehr begehrte Grundstücke handelt und vor dem Hintergrund der heutigen Diskussion zum KMU-Programm überlegt werden könnte, ob bei der Ansiedlung neuer Unternehmen der Umweltaspekt stärker berücksichtigt werden sollte.

Frau Dr. Eyting signalisiert Zustimmung hinsichtlich der Preisgestaltung und schließt sich den Äußerungen von Herrn Theo Meyer vom Grundsatz her an. Sie erkundigt sich ergänzend, ob es für das Industriegebiet bereits ernsthafte Interessenten gibt.

Herr Henkel gibt zu verstehen, dass eine Nachfrage grundsätzlicher Art vorhanden ist.

Beschlussempfehlung:

Der Verkaufspreis für die noch zu veräußernde gewerbliche Baufläche im Bereich „Am Autobahnkreuz Oldenburg-Nord“ wird auf 35 Euro je m² festgesetzt.

Die Kaufpreisbestandteile für den Verkaufspreis in Höhe von 35 Euro je m² setzen sich wie folgt zusammen:

1. Der Grundstückskaufpreis beträgt 25,27 Euro je m².
2. Die Erschließung- und Kanalbaubeiträge betragen 11,55 Euro je m², wobei im Rahmen der Richtlinie zur Wirtschaftsförderung für den Bereich „Schmutzwasserkanal“ der Zuschuss von 1,82 Euro je m² und im Übrigen der Zuschuss der N-Bank für die Erschließungsleistungen in diesem Gebiet berücksichtigt sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 14

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 15

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 19:03 Uhr.